

Startseite > Politik > Kein Direktkandidat: Welche Wahlkreise wegen der Wahlrechtsreform verwaist bleiben

Neues Wahlrecht

„Verwaiste“ Wahlkreise: Welche Gebiete nicht mehr im Bundestag vertreten sind



(Anhören)

Es ist eine Folge des neuen Wahlrechts: Insgesamt 23 Kandidaten haben zwar ihre Wahlkreise über die Erststimmen gewonnen, in den Bundestag einziehen dürfen sie damit trotzdem nicht. Ihre Bezirke bleiben „verwaist“. Wen es getroffen hat und warum – eine Übersicht in Grafiken.



Es war die erste Bundestagswahl nach dem neuen Wahlrecht, das die Ampelregierung im Sommer 2023 beschlossen hat. Schon im Vorfeld gab es viel Spekulation, welche Wahlkreise wohl „verwaist“ bleiben könnten, weil sie nach den neuen Regeln keinen Direktkandidaten in den Bundestag schicken dürfen. Getroffen hat es nun – nach dem vorläufigen Ergebnis der Bundestagswahl

- 23 Erststimmensieger, überwiegend von der Union und der AfD. Sie haben zwar die meisten Stimmen in ihren Wahlkreisen geholt, dürfen aber nicht per Direktmandat in den Bundestag einziehen.

Weiterlesen nach der Anzeige

Das liegt an der sogenannten Zweitstimmendeckung im neuen Wahlrecht. Das Verfahren funktioniert so: Erst werden die Zweitstimmenanteile auf die Sitze im Bundestag umgerechnet. Danach ergibt sich, wie viele Sitze jeder Partei zustehen. Nun haben aber CDU, CSU, AfD und SPD in einigen Bundesländern über die Erststimmen mehr Mandate geholt, als ihnen nach dem Zweitstimmendenprozess zustehen. Nach altem Wahlrecht hätten sie diese Mandate als zusätzliche Sitze behalten können (sogenannte Überhangmandate). Nach neuem Wahlrecht ist das nicht mehr erlaubt: Die Mandate, die nicht mehr durch den Zweitstimmendenanteil gedeckt sind, verfallen.

Diese Parteien verlieren durch das neue Wahlrecht

Erststimmensiege ohne Zweitstimmendeckung wären früher zusätzliche Sitze im Bundestag gewesen, nach neuem Wahlrecht verfallen sie

	Sitze nach Zweitstimmendenanteil	Erststimmensiege ohne Zweitstimmendeckung
CDU	164	15
CSU	44	3
AfD	152	4
SPD	120	1
Grüne	85	0
Linke	64	0
SSW	1	0

Der SSW darf als Minderheitenpartei auch mit weniger als 5 Prozent der Stimmen in den Bundestag einziehen, bildet aber keine Fraktion.

Grafik: Kühne/RND • Quelle: Bundeswahlleiterin (vorläufiges Ergebnis)

Hintergrund dieser neuen Regel ist, dass die Überhangmandate den Bundestag früher immer mehr vergrößert hatten. Verstärkt worden war das noch durch die Einführung von Ausgleichsmandaten: Diese wurden an die anderen Parteien vergeben, um die Überhangmandate so auszugleichen, dass insgesamt der Zweitstimmendenprozess gewahrt bleibt. So wuchs die Zahl der Sitze im Bundestag noch weiter an, bei der Wahl 2021 waren es schließlich 736. Das sollte die Reform verhindern – mit dem Ergebnis, dass der neue Bundestag nun immer regulär und gedeckelt 630 Sitze hat.

Welche Wahlkreise trifft es – und warum?

Wie lässt sich aber nun ermitteln, welche Wahlkreise keinen Direktkandidaten in den Bundestag schicken dürfen, in diesem Sinne also „verwaist“ bleiben? Das hängt davon ab, wer die schwächsten Gewinner in einem Bundesland sind.

Das Prozedere läuft im Detail so ab: Zunächst müssen die Sitzkontingente im Bundestag auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Dann werden sie mit dem dortigen Zweitstimmenergebnis verrechnet. Daraus wiederum ergibt sich, wie viele Sitze einer Partei in dem jeweiligen Bundesland zustehen. Der CDU zum Beispiel stehen in Baden-Württemberg nach dem Zweitstimmenanteil 29 Sitze zu. Über die Erststimmen hat sie aber 35 Wahlkreise gewonnen – also sechs mehr, als der Zweitstimmenanteil erlaubt. Sechs Wahlkreissieger müssen also leer ausgehen.

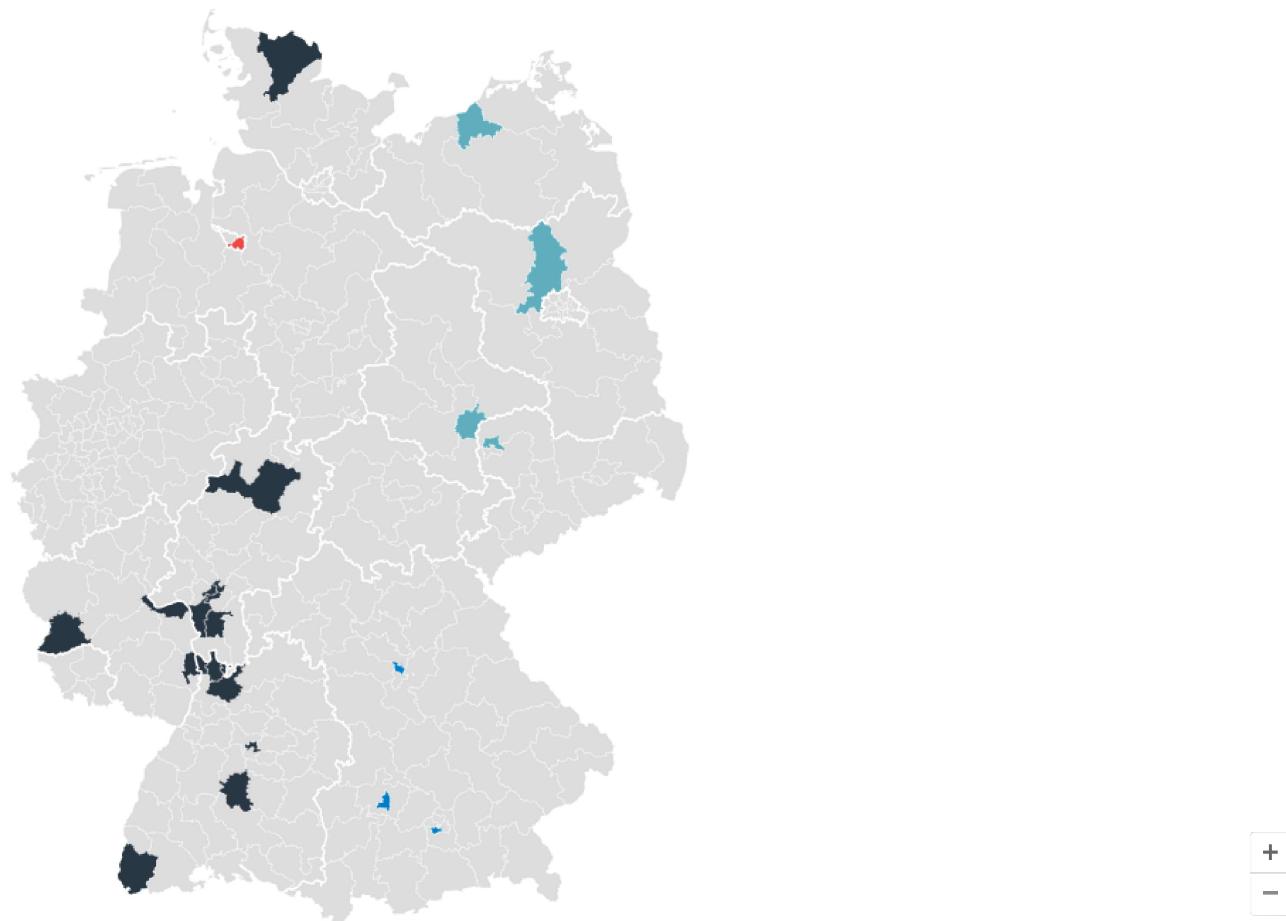
Welche das sind, wird so ermittelt: Für die Erststimmengewinner der CDU in Baden-Württemberg wird eine Rangliste erstellt. Die schwächsten sechs Gewinner fallen hinten über, erhalten also kein Direktmandat, um damit in den Bundestag einzuziehen.

Die folgende Karte zeigt, welche Wahlkreise und welche Parteien nach dem vorläufigen Ergebnis der Bundestagswahl betroffen sind.

Diese Wahlkreise bleiben verwaist

Die Erststimmengewinner in diesen Wahlkreisen erhalten kein Direktmandat (Gebiete antippen für mehr Informationen)

CDU (15) AfD (4) CSU (3) SPD (1)



Grafik: Kühne/RND • Quelle: Bundeswahlleiterin (vorläufiges Ergebnis), Landesverbände der Parteien

Person beliebter als Partei

Vor allem die CDU und die AfD verlieren durch das neue Wahlrecht Direktmandate. Das hat mit der Beliebtheit einzelner Kandidaten zu tun. Wenn nämlich populäre Personen über die Erststimme mehr Wähler anziehen als die Partei insgesamt über die Zweitstimme, kommt es zu eben jenem Missverhältnis, dass die Erststimmengewinner nicht durch den Zweitstimmenproportz gedeckt sind. Genau das war offenbar bei der CDU im Südwesten und der AfD im Osten häufig der Fall. Personen waren beliebter als ihre Partei.

Auch die CSU in Bayern hatte solche Verluste gefürchtet, weil sie in dem Bundesland regelmäßig die große Mehrheit der Wahlkreise über Erststimmen holt. Hätte das neue Wahlrecht schon bei der Bundestagswahl 2021 gegolten, hätte die CSU neun Mandate in Bayern verloren. Ministerpräsident Markus Söder hatte deshalb dazu aufgerufen, beide Stimmen seiner CSU zu geben. Der Aufruf scheint einigermaßen erfolgreich gewesen zu sein. Diesmal sind es nur drei Wahlkreise in Bayern, bei denen die CSU-Gewinner leer ausgehen.

Mehr zum Thema